

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

11. August 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 05.08.14 tötete ein Mann in afghanischer Uniform einen amerikanischen General und verletzte einen deutschen General sowie mindestens weitere 14 ISAF-Soldaten. Der Anschlag ereignete sich in einem militärischen Trainingszentrum nahe Kabul anlässlich des Besuchs einer internationalen Militärdelegation. Bei dem von Personenschützern erschossenen Attentäter handelte es sich vermutlich um einen afghanischen Soldaten. Bei 88 sog. Innentäter-Angriffen (im Militärjargon „Green-on-blue-Attentate“) seit 2008 starben 143 ISAF-Soldaten, 181 wurden verwundet. Die meisten Angriffe ereigneten sich im Jahr 2012, seither ging die Zahl zurück.

Am 05.08.14 tötete ein Polizist nahe der Provinzhauptstadt Tarin Kot in der südafghanischen Provinz Uruzgan sieben seiner Kollegen.

Ebenfalls am 05.08.14 griffen Kämpfer der Taliban den Distrikt Musa Qala in der südafghanischen Provinz Helmand an.

In der nordafghanischen Provinz Kunduz liefen am 06.08.14 zehn Polizisten zu den Taliban über.

Am 09.08.14 kam bei der Explosion einer Autobombe auf einem Markt in Kabul eine Person ums Leben, eine weitere wurde schwer verletzt.

Am 10.08.14 starben bei einem Selbstmordanschlag auf einen Militärkonvoi der Nato in Kabul vier Zivilisten. Sieben weitere Personen wurden verletzt. Die Taliban bekannten sich zu der Tat.

Bildung einer Regierung der nationalen Einheit vereinbart

Die beiden Rivalen um das Amt des Präsidenten, Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah, einigten sich nach Vermittlung des US-Außenministers John Kerry – unabhängig von dem noch ausstehenden Endergebnis der Wahl – auf die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit und unterzeichneten am 08.08.14 eine entsprechende Vereinbarung. Diese soll nach Angaben einer Nachrichtenagentur jedoch keine Details über die Machtverteilung innerhalb der künftigen Regierung enthalten. Vielmehr soll zur Ausarbeitung der Einzelheiten die Berufung einer Kommission vereinbart worden sein.

Pakistan

Sicherheitslage

Am 08.08.14 töteten nach Angaben pakistanischer Behörden afghanische Rebellen in der Grenzprovinz Khyber Pakhtunkhwa vier Personen, darunter ein führendes Mitglied der von der pakistanischen Regierung aufgestellten Stammestruppe. Die Armee tötete zwei der Angreifer.

Tote und Verletzte bei Ausschreitungen

Bei Kundgebungen von Anhängern des umstrittenen Geistlichen und Führers der Awami-Tehreek-Partei (PAT), Tahir ul-Qadri, kamen nach Angaben der Sicherheitskräfte am 08. und 09.08.14 in Lahore, Bhakkar und Gujranwala vier Personen ums Leben, Dutzende wurden verletzt. Tahir ul-Qadri gab die Zahl seiner getöteten Anhänger mit sieben an. Obwohl die Polizei in Lahore ihn des Mordes an einem Polizisten beschuldigt, der in Folge der Krawalle ums Leben gekommen war, kündigte ul-Qadri am 10.08.14 einen

Marsch auf Islamabad an. Er soll am 14.08.14, dem Unabhängigkeitstag und nationalen Feiertag Pakistans, stattfinden.

Tahir ul-Qadri war im Juni 2014 aus Kanada in seine Heimat zurückgekehrt und hatte angekündigt, die Regierung zu stürzen. Seither kam es wiederholt zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen seinen Unterstützern und den Sicherheitskräften.

Irak

Entwicklung der Lage

Laut Pressemeldung vom 06.08.14 reagierten die Kurden im Nordirak auf den Vormarsch der IS-Kämpfer mit einer Offensive. Zuletzt hätte der Islamische Staat (IS) mit einer Ausweitung ihrer Herrschaft auf das gesamte autonome Kurdengebiet gedroht.

Am 08.08.14 hat erstmals die amerikanische Luftwaffe Stellungen der IS im Nordirak angegriffen, um einen Vormarsch Richtung Erbil und die Verfolgung religiöser und ethnischer Minderheiten zu stoppen.

Am 10.08.14 konnten laut Pressemeldung 20.000 Yeziden aus dem Sinjar-Gebirge fliehen und mit Hilfe kurdischer Peshmerga in die kurdische Region gebracht werden. Zudem soll 20.000 bis 30.000 Yeziden, die zunächst vor den Jihadisten nach Syrien flohen, nun die Weiterflucht in die kurdische Region des Iraks gelungen sein.

Spezialtruppen in Bagdad positioniert

Laut Pressemeldung vom 11.08.14, 06:10 Uhr, haben Spezialtruppen, die Ministerpräsident al-Maliki ergeben sein sollen, an strategisch wichtigen Stellen in Bagdad Position bezogen. Pro-Maliki-Milizen hätten ihre Patrouillen in Bagdad verstärkt. Aus Polizeikreisen verlautete, es habe eine bislang beispiellose Stationierung von Armeekommandos und Eliteeinheiten in Bagdad gegeben.

Politische Entwicklung

Der Streit in Bagdad über die Regierungsbildung dauert an. Am Abend des 10.08.14 soll al-Maliki Kritikern gegenüber angedeutet haben, dass er nicht auf eine dritte Amtszeit verzichten will.

Syrien

Sicherheitslage/IS baut Position aus

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 05.08.14 kamen bei Luftangriffen der syrischen Armee in den Außenbezirken von Damaskus 64 Menschen ums Leben. Die Angriffe hätten sich bereits am Wochenende in den Bezirken Kafr Batna und Duma im Osten der Stadt ereignet. Weiteren Angaben zufolge wurden bei Angriffen syrischer Rebellen in Damaskus am 05.08.14 mindestens 16 Menschen getötet und 79 verletzt. Bereits in den Tagen zuvor sei Damaskus mit Raketen und Granaten beschossen worden. Mehrere Menschen seien getötet worden.

Am 07.08.14 kamen bei einem Selbstmordanschlag des Islamischen Staates (IS) auf eine Militärbasis bei Raqqa mindestens 36 Soldaten und 15 Jihadisten ums Leben. IS gelang die Einnahme des Stützpunktes. Die Basis war eine der letzten noch vom syrischen Militär gehaltenen Bastionen in der Provinz. Der Militärflughafen Tabqa soll jedoch noch unter Kontrolle des syrischen Regimes sein.

Bei Angriffen von Regierungstruppen und Rebellen in Aleppo kamen am 09.08.14 Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge zahlreiche Menschen ums Leben oder wurden verletzt.

Nach Angaben der Beobachtungsstelle vom 10.08.14 eroberten IS-Kämpfer nach tagelangen Gefechten drei Städte in der strategisch wichtigen Provinz Deir ez-Zor von anderen Rebellengruppen zurück. Dabei soll es sich um die Ortschaften Abu Hamam, Al-Qashqiya und Ghranij handeln, aus denen IS zuvor von Stammeskämpfern vertrieben worden war.

Assad bildet Regierung um

Nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten hat Assad erneut Wael al-Halqi zum Ministerpräsidenten ernannt und ihn mit der Regierungsbildung beauftragt.

Libanon

Kämpfe im Grenzgebiet

Die Kämpfe in der libanesischen Grenzstadt Arsal (vgl. BN v. 04.08.14) zwischen libanesischem Militär und Extremisten dauerten fünf Tage. Am 07.08.14 zogen sich die syrischen Rebellen vermutlich in die Berge im libanesisch-syrischen Grenzgebiet zurück. Der Abzug erfolgte, nachdem Geistliche einen Waffenstillstand vermittelt. Zuvor soll es der libanesischen Armee gelungen sein, sechs (andere Quelle sieben) Polizisten, die als Geiseln genommen worden waren, zu befreien. Weitere gefangengenommene Polizisten und Soldaten nahmen die Kämpfer mit. Am 09.08.14 soll die libanesische Armee in Arsal eingerückt sein.

Rückkehr Hariris

Am 08.08.14 kehrte der ehemalige Ministerpräsident Saad Hariri nach Beirut zurück. Hariri hatte nach dem Sturz seiner Regierung im Jahr 2011 den Libanon verlassen. Nachdem Hariri am 06.08.14 den saudiarabischen König Abdullah getroffen hatte, teilte er mit, dass Saudi-Arabien die libanesische Armee mit einer Milliarde Dollar unterstützen werde. Hariri werde die Umsetzung der Hilfe überwachen. Als Grund seiner Rückkehr wird jedoch eher die Vermeidung einer Aufspaltung der libanesischen Sunniten in zwei Lager vermutet.

Gazastreifen/Israel

Israel und die radikalislamische Hamas einigten sich am 10.08.14 auf eine dreitägige Waffenruhe (beginnend 23:00 MESZ in der Nacht zum 11.08.14). Falls die Ruhe hält, beabsichtigt Israel am 11.08.14 eine Delegation nach Kairo zu weiteren Verhandlungen über einen dauerhaften Waffenstillstand zu entsenden. In Kairo vermittelt die ägyptische Regierung zwischen Israel und der Hamas. Die Verhandlungen waren am 08.08.14 abgebrochen worden, nachdem Hamas einer Verlängerung der am 05.08.14 vereinbarten 72-stündigen Waffenruhe nicht zugestimmt und erneut Raketen abgeschossen hatte. Israel flog daraufhin wieder Angriffe. Die Arabische Liga kündigte an, wegen des Konfliktes am 11.08.14 zu einer Sondersitzung in Kairo zusammenzukommen.

Bei den seit 08.07.14 andauernden Kämpfen kamen Angaben der Behörden im Gazastreifen zufolge mehr als 1.900 Palästinenser ums Leben, Israel spricht von 64 getöteten Soldaten und drei toten Zivilisten.

Türkei

Erdogan gewinnt Präsidentenwahl

Nach der Auszählung von ca. 99 % der Stimmen steht fest, dass der bisherige Ministerpräsident und Vorsitzende der islamisch-konservativen AKP, Recep Tayyip Erdogan, die Präsidentschaftswahl bereits im ersten Wahlgang mit über 52 % gewonnen hat. Zum ersten Mal wurde der türkische Staatspräsident am 10.08.14 direkt vom Volk gewählt. Erdogan strebt zwei Amtszeiten von je fünf Jahren an und möchte die Rolle des Staatsoberhauptes, das bisher eher repräsentative Aufgaben hatte, mit neuen Befugnissen ausstatten, wozu in vielen Punkten eine Verfassungsänderung erforderlich ist. Dafür benötigt die AKP eine breitere Parlamentsmehrheit, als sie momentan besitzt. Bei den Parlamentswahlen im kommenden Jahr hofft sie den nötigen Stimmenzuwachs zu erreichen.

Die beiden größten Oppositionsparteien CHP und MHP hatten den früheren Generalsekretär der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), Ekmeleddin Ihsanoglu, nominiert, der nach Medienberichten ca. 38 % der Stimmen gewann. Der linksgerichtete und prokurdische Kandidat Selahattin Demirtas erreichte etwa 10 %. Die Wahlbeteiligung soll insgesamt bei etwa 77 % gelegen haben.

Ägypten

Politische Partei verboten

Das Oberste Verwaltungsgericht gab am 09.08.14 die Auflösung der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (FJP) bekannt. Die FJP ist der politische Arm der bereits im Februar 2014 verbotenen Muslimbruderschaft.

Mit dem Urteil ist die FJP von den im Herbst stattfindenden Parlamentswahlen ausgeschlossen. Voraussichtlich im Oktober wird ein Gericht auch über die Auflösung der salafistischen Partei an-Nur entscheiden.

Angriff libyscher Rebellen

Bei einem Angriff libyscher Rebellen auf einen Militärstützpunkt in der Hafenstadt Marsa Matruh starben am 06.08.14 fünf Polizisten und vier Angreifer. Ägypten und Libyen haben eine gemeinsame Grenze von etwa 1.100 km durch unkontrolliertes Wüstengebiet, über die die islamistischen Rebellen in Libyen Waffen schmuggeln. Sie greifen verstärkt Ziele in Ägypten an. Im Juli sollen dabei 22 ägyptische Soldaten getötet worden sein.

DR Kongo

Oppositionsführer verhaftet

Am 12.08.14 gegen 04:30 Uhr wurde Jean-Bertrand Ewanga, Parlamentsabgeordneter und Generalsekretär der drittstärksten Oppositionspartei „Union for the Congolese Nation“ (UNC), in seinem Haus in Kinshasa verhaftet. Ihm wird vom Generalstaatsanwalt u.a. Anstiftung zum Hass und Beleidigung des Staatsoberhauptes vorgeworfen. Entgegen der Anordnung von Hausarrest durch den Obersten Gerichtshof wurde Ewanga von den Sicherheitskräften ins Gefängnis von Makala (Kinshasa) verbracht. Er hatte sich auf einer am 11.08.14 in Kinshasa von mehreren Tausend Menschen besuchten Demonstration der Opposition gegen eine geplante Änderung der Verfassung ausgesprochen, die es Staatspräsident Joseph Kabila ermöglichen soll, über 2016 hinaus an der Macht zu bleiben.

Nigeria

Nationaler Notstand wegen Ebola-Epidemie ausgerufen

Am Abend des 08.08.14 rief Staatspräsident Goodluck Jonathan wegen der Ebola-Epidemie den nationalen Notstand aus. Religionsführer sollen auf große Zusammenkünfte verzichten, Schulen die Sommerferien verlängern. Als Sofortmaßnahme sind u.a. zusätzliche Quarantänestationen sowie Kontrollen an den Grenzen geplant. Bisher starben in Nigeria an der Infektionskrankheit zwei Personen, weitere sieben Infektionsfälle sind bestätigt. Fast 140 Personen werden überwacht. Alle Fälle traten in der Wirtschaftsmetropole Lagos (rund 20 Mio. Einwohner) auf. Die Infizierten waren mit einem Mann in Kontakt gekommen, der Ende Juli aus Liberia kam und an Ebola verstarb.

Damboa von Soldaten rückerobert

Nach etwa einmonatiger Besetzung der Stadt Damboa (fünftgrößte Stadt im nordöstlichen Bundesstaat Borno) durch die islamistische Terrororganisation Boko Haram gelang der Armee laut Angaben des Verteidigungshauptquartiers am 06.08.14 die Rückeroberung.

Gwoza von Boko Haram erobert

Am 06.08.14 gegen vier Uhr morgens wurde Bornos viertgrößte Stadt Gwoza von Kämpfern der Boko Haram attackiert und eingenommen. Ein Angriff der Boko Haram am Tag zuvor gegen 17 Uhr konnte abgewehrt werden.

Amnesty International: Kriegsverbrechen der Armee in Nordostnigeria

In einem am 05.08.14 veröffentlichten Bericht wirft die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) der nigerianischen Armee im Kampf gegen die islamistische Terrororganisation Boko Haram erneut Kriegsverbrechen einschließlich extralegaler Hinrichtungen vor. Die Vorwürfe stützen sich auf Videoaufnahmen, Fotos und Zeugenaussagen, die ai bei einer Reise kurz zuvor im nordöstlichen Bundesstaat Borno erhalten habe. Das Videomaterial zeigt u.a., wie fünf von 16 in einer Reihe stehenden jungen Männern die Kehle mit einem Messer durchschnitten wird. Die übrigen Männer, die auch verdächtigt wurden Boko Haram anzugehören, sollen laut Zeugenangaben ebenfalls hingerichtet worden sein. Die Uniformen und Gewehre sowie Zeugenaussagen legten nahe, dass die Täter der Armee angehören. Laut ai starben im Rahmen des Boko-Haram-Konflikts in diesem Jahr über 4.000 Menschen.

Westafrika

Internationaler Gesundheitsnotstand

Die WHO stufte die sich ausbreitende Ebola-Epidemie am 08.08.14 als internationalen Gesundheitsnotstand ein. Damit kann die Organisation weltweit Vorschriften zur Eindämmung erlassen. Nach WHO-Angaben starben bisher mehr als 961 Menschen an dem Erreger, fast 1.800 Menschen infizierten sich. Das Auswärtige Amt hat am 05.08.14 seine Reisehinweise für die Ebola-Länder Guinea, Liberia und Sierra Leone verschärft. Es wird dringend von Reisen in die Region abgeraten. Sierra Leone, Liberia und Nigeria haben den Notstand ausgerufen. In Sierra Leone wurden die Bezirke Kenema und Kailahun komplett isoliert. Die Regierung in Guinea schloss die Grenzen zu den Nachbarländern Sierra Leone und Liberia. Der südafrikanische Staat Sambia beschloss ein Einreiseverbot für Menschen aus den betroffenen Ländern. Als erste große internationale Fluggesellschaft hat die arabische Fluggesellschaft Emirates wegen der Ebola-Epidemie ihre Flüge nach Guinea eingestellt. Die togoische Fluggesellschaft ASky fliegt die betroffenen Länder ebenfalls nicht mehr an. In Reaktion auf den Ebola Response Plan der WHO haben internationale Entwicklungsbanken am 04.08.14 einen Krisenfonds in Höhe von 260 Mio. USD zur Verfügung gestellt.

Senegal

Proteste

Am zweiten Prozesstag des Sohnes von Ex-Präsident Wade kam es am 04.08.14 zu Ausschreitungen. Hunderte seiner Anhänger versuchten in den Justizpalast vorzudringen, um den Verhandlungen beizuwohnen. Die Polizei reagierte mit Reizgas und löste die Menge auf. Der Sohn des ehemaligen Staatsoberhauptes und selbst ehemals Chef von fünf Ministerien wird verdächtigt, durch Korruption 240 Mio. USD verdient zu haben.

Kamerun

Mutmaßliche Boko-Haram-Extremisten töten zehn Menschen

Kämpfer mit mutmaßlichen Verbindungen zur nigerianischen Islamistengruppe Boko Haram töteten im Norden Kameruns am 06.08.14 zehn Menschen. Die Angreifer hätten nach Angaben eines Sprechers der paramilitärischen Polizei laut der Nachrichtenagentur AFP eine Straße in der Stadt Zigague nahe der Grenze zu Nigeria gesperrt und das Feuer eröffnet. Unter den Todesopfern sei auch ein Soldat. Erst Ende Juli waren in der Ortschaft Kolofata im äußersten Norden Kameruns mindestens 15 Menschen getötet und ein Dutzend entführt worden.

Cholera

Im Norden Kameruns sind seit Ausbruch der Cholera bisher mindestens 75 Menschen gestorben, 1.400 wurden angesteckt. Regenfälle begünstigen die Ausbreitung zusätzlich. Die Schulferien, in denen die Kameruner sich traditionell gegenseitig besuchen, könnten dazu beitragen, dass die Infektionen auch in benachbarte Regionen und Länder eingeschleppt werden. Die Behörden haben einen Krisenstab eingerichtet und arbeiten mit den benachbarten Ländern zusammen, um eine weitere Verbreitung zu verhindern. Außer der schlechten Ausstattung des Gesundheitssektors sind vor allem die Überfälle der Boko Haram, die sich jetzt auch in Kamerun häufen, und die weit verbreitete Mangelernährung für die Verschlechterung der gesundheitlichen Lage verantwortlich. 40 % der 22 Millionen Kameruner leben in Armut.

Zentralafrikanische Republik

Übergangsregierung tritt zurück

Die Übergangsregierung trat zugunsten eines Friedenskabinetts zurück. Der Schritt gehört zu den vor knapp zwei Wochen im Kongo getroffenen Vereinbarungen über eine Waffenruhe und eine politische Lösung des Bürgerkriegs.

Trotz der am 23.07.14 vereinbarten Waffenruhe steht das Land weiter unter der Kontrolle bewaffneter Gruppen. Zwar befinden sich rund 6.500 afrikanische, 2.000 französische sowie 700 europäische Angehörige

einer Friedenstruppe im Land, doch die Bevölkerung kann nur punktuell geschützt werden. Beobachter berichten immer wieder von schweren Übergriffen beider Seiten, unter denen die Bevölkerung leide.

Somalia

Angriff der al-Shabaab in zentralsomalischer Stadt

Nach Angaben eines Sprechers der al-Shabaab soll die islamistische Miliz am 08.08.14 in der Stadt Buloburde (Region Hiran) bei einem Angriff auf eine Basis der AMISOM 13 Menschen getötet haben. Der somalische Informationsminister Mustafa Duhulow lobte dagegen die Sicherheitskräfte für das erfolgreiche Zurückschlagen der Islamisten. Es sei eine Reihe von al-Shabaab-Kämpfern getötet worden.

Buloburde war im Mai von Einheiten der AMISOM eingenommen worden. Die al-Shabaab kontrolliert nach wie vor die ländliche Umgebung.

Serbien, Bosnien und Herzegowina

Erneut Überschwemmungen

Nach den schweren Überschwemmungen in Serbien und Bosnien Mitte Mai ist die Region erneut von Überflutungen betroffen. Am 05.08.14 zogen starke Regenfälle, Hagel und Gewitter über Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien. Dabei wurde bislang eine Person in Serbien getötet und es wurden Straßen schwer beschädigt. Betroffen sind insbesondere der Westen Serbiens sowie Regionen in Zentral- und Nord-Bosnien, die teilweise schon im Mai überflutet waren. Insbesondere im Nordosten Bosniens sind zahlreiche, vor allem kleinere Flüsse wieder über die Ufer getreten. Im bosnischen Ort Zeljezno Polje mussten 300 Menschen evakuiert werden. Die Situation hat sich seit dem Wochenende wieder entspannt, da es zu keinen weiteren Regenfällen kam.

Bei der internationalen Geberkonferenz Mitte Juli in Brüssel wurden Serbien 995 Millionen Euro und Bosnien 810 Millionen Euro, überwiegend günstige Kredite, zugesagt. Serbien will vorerst nur 109 Millionen Euro in Anspruch nehmen, die in Form von Spenden, größtenteils von der Europäischen Union, zugesichert wurden. Mit Finanzmitteln aus den Vereinigten Arabischen Emiraten werden in der am schlimmsten betroffenen serbischen Stadt Obrenovac derzeit 40 Häuser errichtet. Die Europäische Union will den Bau von 129 Häusern mitfinanzieren. Insgesamt beginnt die Zuteilung der Staatshilfe an die durch das Hochwasser im Mai betroffenen Bürger in Serbien nur schleppend. Am 06.08.14 protestierten deswegen die Bürger der Stadt Obrenovac.

Ukraine/Russland

Schwere Kämpfe um die Rebellenhochburg Donezk

Am Nachmittag des 09.08.14 bestätigte Separatisten-Führer Sachartschenko, der selbsternannte Premierminister der Donezker Volksrepublik, die Einkreisung der ostukrainischen Großstadt Donezk durch die ukrainische Armee und die Nationalgarde am Morgen. Eine von ihm angebotene „humanitäre“ Waffenruhe lehnte die ukrainische Armee ab und erklärte, dass für eine Feuerpause die Rebellen zuerst die Waffen niederlegen müssten. Seither hat die ukrainische Armee ihren Belagerungsring um Donezk erneut enger gezogen. US-Präsident Obama und Bundeskanzlerin Merkel warnten inzwischen Moskau davor, unter dem Vorwand humanitärer Hilfe in die Ostukraine einzumarschieren.

Ukraine

Räumung des Maidan in Kiew gescheitert

Am Vormittag des 07.08.14 begannen in Kiew etwa 300 Mitarbeiter des städtischen Räumungsdienstes auf dem seit Ende November 2013 von Demonstranten besetzten Unabhängigkeitsplatz, dem Maidan, Zelte und Barrikaden abzureißen. Die Besetzer des Platzes wehrten sich, indem sie Autoreifen und Barrikaden anzündeten sowie Brandsätze warfen. Zum Schutz der städtischen Arbeiter wurden Spezialeinheiten der Polizei (Bataillone „Kiew1“ und „Kiew2“) eingesetzt. Als die Besetzer die Sicherheitskräfte mit Stöcken, Steinen

und Molotow-Cocktails angriffen, wehrten diese sich mit dem Einsatz von Tränengas. Bei den Auseinandersetzungen gab es auf beiden Seiten Verletzte. Nach etwa einer Stunde zogen die Sicherheitskräfte und städtischen Arbeiter ab.

Rund 730.000 ukrainische Flüchtlinge in Russland

Auf der Grundlage russischer Statistiken und eigener Untersuchungen bezifferte der UNHCR am 05.08.14 die Zahl der Flüchtlinge, die vor den Kämpfen in der Ostukraine nach Russland in den ersten sieben Monaten 2014 geflohen waren, auf etwa 730.000. Davon haben sich etwa 168.000 Personen bei der russischen Migrationsbehörde (FMS) gemeldet. Von diesen beantragten rund 6.000 die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft und etwa 49.000 temporäres Asyl.

Indien

Maoistische Rebellen töten 16 Kommunisten in Indien

Maoistische Aufständische haben im Bezirk Palamu im ostindischen Jharkhand 16 Mitglieder einer rivalisierenden Gruppe getötet. Ein Polizeisprecher erklärte, dass der Angriff auf Kämpfer des Tertiya Prastuti Komitee (TPC) am 09.08.14 vermutlich ein Racheakt für den Tod von zehn Maoisten-Kommandeuren im vergangenen Jahr gewesen sei.

Das TPC hatte sich 2002 von der Rebellengruppe Communist Party of India (Maoist) abgespalten. Die Maoisten lehnen die parlamentarische Demokratie ab und kämpfen nach eigener Aussage für die Rechte der armen Landbevölkerung. Ihre Hochburgen liegen in den wirtschaftlich rückständigen Regionen Ost- und Mittelindiens. In den Kämpfen sind seit den 60er Jahren tausende Menschen gestorben.

Kambodscha

Rote-Khmer-Anführer verurteilt

Der „Strafgerichtshof zur Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen durch die Roten Khmer“ (ECCC) hat am 07.08.14 den ehemaligen Propagandaminister und „Bruder Nummer Zwei“, Nuon Chea (88), und den früheren Präsidenten des Landes, Khieu Samphan (83), wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Angeklagten trügen eine Mitschuld an Vertreibungen, Morden und Hinrichtungen, begründete der Richter in Phnom Penh das Urteil. Es waren dies die ersten Urteile gegen politische Amtsträger der Roten Khmer, seitdem das von der UNO unterstützte Sondertribunal im Jahr 2006 die Arbeit aufgenommen hatte. In einem ersten Verfahren war bereits der Leiter des berüchtigten Foltergefängnisses Tuol Sleng, Kaing Guek Eav, bekannt als Duch, zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Unter der Herrschaft der Roten Khmer, angeführt von dem 1998 verstorbenen „Bruder Nummer Eins“ Pol Pot, kamen zwischen 1975 und 1979 mindestens 1,7 Millionen Menschen ums Leben, fast ein Viertel der Bevölkerung des Landes. Die Menschen starben an den Folgen von Zwangsarbeit und Hungersnöten, wurden zu Tode gefoltert oder hingerichtet.

Myanmar

Petition für Verfassungsänderung

Nach einer Verlautbarung vom 07.08.14 sammelten die Oppositionspartei der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi und die Oppositionsgruppe „88 Generation Peace and Open Society“ landesweit etwa fünf Millionen Unterschriften für eine Änderung der Verfassung. Die Unterschriften sollen dem Parlament übergeben werden. Ziel ist die Abschaffung des Artikels 436, dem zufolge mehr als 75 % der Parlamentsabgeordneten einer Verfassungsänderung zustimmen müssen. Da laut Verfassung 25 % der Parlamentssitze für Militärs reserviert sind, kann das Militär jede Verfassungsänderung verhindern.

Aung San Suu Kyi beabsichtigt, in den 2015 anstehenden Präsidentenwahlen zu kandidieren. Dies wäre jedoch nur nach einer Änderung der Verfassung möglich, die bislang eine Kandidatur verbietet, wenn, wie im Falle Aung San Suu Kyis, ausländische Staatsbürger zur engeren Familie zählen.

Neuseeland

Erstmals Asyl wegen Klimawandel

Zum ersten Mal hat ein Staat den Klimawandel als Asylgrund akzeptiert. Ein Bürger des Inselstaates Tuvalu (26 Quadratkilometer, östlich von Papua-Neuguinea) darf mit Frau und Kindern in Neuseeland bleiben, weil seine Heimatinsel im Meer zu versinken droht. Tuvalu ragt durchschnittlich nur zwei Meter aus dem Wasser. Durch den steigenden Meeresspiegel haben die etwa 10.500 Bewohner mit verseuchtem Trinkwasser, dem Ausfall von Ernten und Überschwemmungen zu kämpfen. Nach Angaben des Einwanderungstribunals in Neuseeland seien die Kinder der Familie wegen ihres Alters besonders stark durch Naturdesaster und Folgen des Klimawandels gefährdet.